

## Der Kampf geht immer weiter

Vor 30 Jahren wurde Gorleben Atomstandort

**Eine Wiederaufarbeitungsanlage haben die Lüchow-Dannenberg verhindert, das Endlager droht immer noch.**

Wer mit dem Auto, mit dem Fahrrad oder mit dem letzten noch verkehrenden Zug durch das Wendland fährt, staunt über die vielen Transparente an Häusern und Höfen. Transparente mit Anti-Atom-Parolen und der lachenden Sonne. In vielen Dörfern haben die Leute gelbe Latten zu einem „X“ zusammenge nagelt und in Vorgärten, an Stalltüren oder einfach am Wegesrand aufgestellt. Das gelbe „X“ wirkt wie ein Zeichen der Verschworenheit. „X“ steht für „Nix“ - nix Atomkraft, nix Castortransporte, wir woll'n den Schiet nicht haben.

Vor 30 Jahren, am 22. Februar 1977, benannte Niedersachsens damaliger Ministerpräsident Ernst Albrecht den Wald hinter Gorleben zum Standort für ein "Nukleares Entsorgungszentrum". Auf sage und schreibe 16 Quadratkilometern sollten eine Wiederaufarbeitungsanlage, eine Brennelementefabrik, ein End-, ein Eingangs- und mehrere Zwischenlager errichtet werden. Zur Begründung seiner Wahl verwies der CDU-Politiker Albrecht auf den Gorlebener Salzstock, in dem sich der Atommüll sicher für alle Ewigkeit verwahren ließe.

Salzformationen gibt es allerdings auch anderswo. Sie hätten sich nach Ansicht vieler Geologen sogar besser als Lagerstätte für strahlende Abfälle geeignet. Der Hamburger Geologe Professor Eckhard Grimmel erklärte: „Der Salzstock (Gorleben, Anm. R.P.) ist nicht durch eine hinreichend mächtige und lückenlose Tondecke von den Wasser führenden Schichten



abgeschirmt. Der Salzstock hat durch Salzauflösung bereits einen großen Teil seiner Substanz verloren und wird noch weiter abgelaugt.“ Grimmels Kollege Professor Klaus Duphorn aus Kiel stufte die Sicherheit Gorlebens seinerzeit „im letzten Drittel“ der deutschen Salzstöcke ein. Darüber hinaus stellte Grimmel bereits damals die grundsätzliche Frage, ob Salz für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle überhaupt geeignet ist. Mögliche Alternativen wären Ton oder Granit.

Nein, den Ausschlag für Albrechts mit der Bundesregierung und den Atomkraftwerksbetreibern abgestimmte Entscheidung gaben andere Gründe. Im strukturschwachen, dünn besiedelten Wendland, so das Kalkül, würden die Leute schon nichts gegen die geplanten Fabriken haben, und gegen die vielen versprochenen Arbeitsplätze erst recht nicht. Widerstand sei von der konservativen Bevölkerung, die in ihrer großen Mehrheit treu die CDU wählte, kaum zu erwarten. Und falls doch einmal die Chaoten aus den westdeutschen Großstädten zum Demonstrieren anreisen, na, dann ließe sich der wie ein Finger in die DDR hineinragende Landkreis Lüchow-Dannenberg leicht von der Polizei absperren. Dasselbe gelte auch bei einem Unfall.

Doch Politik und Atomwirtschaft hatten sich bekanntlich verrechnet. Schon am Abend der

Standortbenennung trafen sich in Gorleben hunderte empörter Menschen zu einer Kundgebung. Drei Wochen später demonstrierten bereits 20.000 auf dem geplanten Baugelände für die Wiederaufarbeitungsanlage, einem zwei Jahre vorher abgebrannten Kiefernwald - wie dieses Feuer ausbrach, ist bis heute nicht geklärt. Die kurz zuvor gegen den Bau eines Atomkraftwerks in Langendorf gegründete Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg - die BI, wie sie fortan nur noch hieß - verzeichnete nach der Standortentscheidung großen Zulauf. „Mitglieder wurden erst mal nicht die Zugereisten und die Freaks, die es im Wendland ja schon gab“, erinnert sich Rebecca Harms, die heutige Europaabgeordnete der Grünen, „sondern viele der Honoratioren aus Lüchow und aus Dannenberg, Geschäftsleute, Rechtsanwälte, Lehrer“.

Mit den auswärtigen Atomkraftgegnern, die zu jener Zeit ihrerseits lieber die Bauzäune in Brokdorf und Grohnde brannten und sich dort heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei lieferten, hatte die BI zunächst nicht viel am Hut. „Wir waren Provinz und wir wollten in der Provinz Politik machen“, sagt ihr Mitbegründer und langjähriger Sprecher Wolfgang Ehmke. „Man konnte die Leute nur da abholen, wo sie sind“. Wären die Aktions Schritte zu schnell gewesen,

### Inhalt

- S. 1 Der Kampf geht immer weiter
- S. 5 From Salzburg to Window Rock
- S. 6 Russischer Widerstand gegen Gronauer Uranmüll
- S. 7 Prgramm: Jetzt schlägt's 30
- S. 8 Vorranggebiet für tödliche Strahlung? Verschiedenes & Termine & Service

## Stand der Dinge

In dieser Randspalte wird in kurzen Worten erklärt, in welchem Ausbaustadium sich die verschiedenen Anlagen befinden.

### Faßlager

Die Einlagerung von schwach- und mittelaktivem Müll in Fassgebunden begann 1984. Ende der 80er Jahre wurden Fässer mit ungeklärtem Inhalt aus der belgischen Atomschmelze Mol entdeckt („Transnuklearskandal“). 1.296 Gebinde mussten wegen des Drucks der atomkritischen Öffentlichkeit aus Gorleben wieder entfernt werden. Entdeckt wurden darüberhinaus Korrosionsschäden und „Blähfässer“ (Gasentwicklung). Messberichte der Brennelementlagergesellschaft (BLG) belegten z.B. einen Anstieg der Radioaktivität bei sommerlichen Außentemperaturen, was die Gasbildung „anheizt“. Auf Druck der Fachgruppe Radioaktivität der BI musste das Umgebungsüberwachungssystem der BLG nachgebessert werden. Ende 1995 wurde genehmigt, das zulässige Radioaktivitätsinventar des Lagers um das 1000-Fache zu erhöhen. Hintergrund ist die Absicht, bitumierte radioaktive Abfälle aus der französischen WAA Cap de La Hague und mittelaktive Komponenten in Gorleben einzulagern.

### CASTOR-Halle

Die Castor-Halle bietet Platz für 420 Behälter. Elfteinhalf Jahre konnte die Einlagerung von hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen verhindert werden. Am 25. April 1995 wurde der erste Castor (Cask for the storage of radioactive material) von 16.000 Polizisten gegen den Widerstand weiter Bevölkerungskreise nach Gorleben transportiert. Seit Ende Mai 1995 darf auch hochaktiver, verglaster Müll aus der Wiederaufarbeitung (in Form von Kokillen) eingelagert werden. Außerdem wurde die Kapazität von 1.500 t Müll auf 3.800 t erhöht, und das alles auf der gleichen Grundfläche. Ein erster Kokillentransport folgte am 8. Mai 1996. Diesmal traten 18.000 Beamte an, um den Transport durchzusetzen. Vorläufiger Höhepunkt war die Anlieferung eines „Sixpack“ (sechs Behälter zu einem Transportvorgang gebündelt) Anfang März 1997. Die Kosten für den Polizeieinsatz – 30.000 Beamte waren unterwegs – summieren sich auf 111 Mio. DM. Danach scheiterte ein weiterer Versuch über den Bahnhof Arendsee (Sachsen-Anhalt) am anhaltenden Widerstand. Dieser Umweg musste gewählt werden, weil eine Bahnbrücke bei Seerau/ Hitzacker sich für die

hätte „das politische Lernen nicht reifen und wachsen können“.

Rund um Gorleben tingelten die Informationsbusse der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK), zu der sich die großen Stromkonzerne zusammengeschlossen hatten, über die

wollen. Auf dem sandigen Boden errichteten die Besetzer dutzende Häuser aus Baumstämmen, Stroh und sogar aus Glas. Ein Küchengebäude entstand, ein großes Rundhaus für Versammlungen, eine Batterie von Latrinen, ein Schweinestall und ein Passhäuschen mit Schlagbaum, wo die „Wendenpässe“ ausgestellt wurden und über dem die



Dörfer. Doch die BI war meistens schon vorher da, sie organisierte Informationsveranstaltungen und kleinere Protestaktionen. Landwirte, die durch die Atomfabriken eine Verstrahlung und die Unverkäuflichkeit ihrer Produkte befürchteten und sich später zur „Bäuerlichen Notgemeinschaft des Wendland“ formierten, kippten Mist auf die Straße und blockierten mit ihren Traktoren die Depots der Bohrfirmen, die den Baugrund über dem Salzstock erkunden sollten.

Im März 1979 zogen die Atomgegner aus dem Wendland in einem großen Treck nach Hannover. Sie machten sich mit Traktoren und Fahrrädern auf den Weg in die Landeshauptstadt, wo sie in strömendem Regen von hunderttausend begeisterten Mitdemonstranten aus der gesamten Bundesrepublik empfangen wurden: Lüchow-Dannenberg und „Auswärtige“ protestierten erstmals in großem Stil gemeinsam gegen Atomanlagen. Und gemeinsam erfuhren sie, wie Ministerpräsident Albrecht unter dem Eindruck der Demonstration eine Wiederaufarbeitungsanlage in Gorleben für politisch nicht durchsetzbar erklärte.

Zum Atomland wurde das Wendland trotzdem, aber auch zum Widerstandsland. Die Erkundung des Gorlebener Salzstocks als mögliches Endlager ging weiter. Den Flachbohrungen folgten Tiefbohrungen. Zwei Zwischenlager wurden gebaut, eines für schwachradioaktiven Müll, das andere für Castorbehälter mit den stark strahlenden abgebrannten Brennstäben aus Atomkraftwerken und den verglasten Abfällen aus der Wiederaufarbeitung. Die Atomgegner reagierten mit Blockaden, Demonstrationen, kleineren Sabotageaktionen. Bei den legendären „Trebeler Treffen“ stritten sich „Autonome“ von auswärts mit einheimischen BI-Leuten um Widerstandsformen.

Im Mai 1980 besetzten tausende Atomgegner ein Stück Land über der Bohrstelle 1004 und riefen die Freie Republik Wendland aus. Die Aktion sollte die weitere Erkundung des Salzstocks stoppen, in dem Atomwirtschaft und Politik ein Endlager bauen wollten – und immer noch

grün-gelbe Wendlandfahne flatterte.

Ein aus Berlin angereister Reporter bewunderte das „fast unüberschaubare Gewirr von Hütten, sehr schönen großen Rundhäusern mit Dachterrassen bis hin zu Erdhäusern und Indianerzelten“. Das „Nordrhein-Westfalen-Haus“ war eine Reihenhäuseranlage aus fünfeckigen, wabenförmig zusammenhängenden Hütten mit kleinen Innenhöfen. Viele hundert aufeinander geschichtete leere Flaschen isolierten das Frauenhaus gegen Hitze und Kälte. Das „Haus der Architekten“ besteht aus Glasfenstern und -türen. „Hackys Loch“ war eine mehrere Meter tiefe Erdhöhle.

Das „Fritz-Teufel-Haus“ musste für die Anschuldigung der Lüneburger Bezirksregierung erhalten, die Republik Freies Wendland sei ein Refugium für Terroristen. Auch die beiden hohen Türme im Dorf boten Anlass zu Stimmungsmache. „Dort oben haben sie Wachs für die Bullen“, zitierte „Bild“ einen fiktiven Besetzer.

In den ersten Tagen brachte ein Bauer Wasser in einem großen Tank ins Hüttendorf. Später wurde eine Bohrung niedergebracht, das Wasser gelangte nun mittels einer Handpumpe ins Dorf. Fortan konnten auch die von einer Baumschule gespendeten Büsche und Kiefer-Setzlinge, die wegen der Trockenheit und des Sandbodens einzugehen drohen, begossen werden. Es gab sogar Sonnenduschen und ein Schwitzbad in der Republik Freies Wendland, das Wasser in den Tanks wurde durch einfache Solarzellen erwärmt.

An den Wochenenden wurden die 500 bis 700 ständigen Platzbesetzer von tausenden Besuchern förmlich überrollt. Das Dorf wurde zur touristischen Attraktion für Familienausflüge und Kaffeefahrten. Viele Gäste unterstützten die Atomgegner und ihre Protestaktion, brachten Lebensmittel und Werkzeug vorbei, andere kamen mehr zum Exoten-Angucken. „Eines abends tauchen unverhofft ein paar Damen im Abendkleid und Herren im Smoking auf und überreichen etwas verlegen Platten mit Häppchen, die von einer Geschäftseinweihung übrig geblieben sind“, schrieb eine Zeitung.

Auch Zivilpolizisten nisteten sich auf dem Platz ein, sie wurden enttarnt und nach Hause geschickt. Dann beunruhigte eine Serie von Brandanschlägen die Dorfbewohner. In einer Nacht legten Unbekannte im Infozelt Feuer. Sie zerstörten auch eine Kamera, stahlen Stempel für die Wendenpässe und Broschüren. Da man weitere Anschläge befürchtete und zudem akute Waldbrandgefahr bestand, wurden Brand- und Nachtwachen eingerichtet.

Kein Tag ohne Kulturprogramm. Umsonst und draußen oder im Freundschaftshaus spielten Rockbands, Folkgruppen, Theaterkollektive. Einmal gab es ein Puppentheater-Stück über die Bauernkriege. Am neunten Tag der Besetzung errichteten Göttinger Theologie-Studenten eine Holzkirche. Zum ersten Gottesdienst kamen 100 Leute. Die hannoversche Landeskirche erließ ein Predigtverbot für einen Pfarrer aus Gartow.

Lieder, Berichte aus dem Dorf, Interviews: Am 18. Mai strahlte „Radio Freies Wendland“ seine erste Sendung aus, hunderte Dorfbewohner versammelten sich zur Live-Übertragung am Lautsprecherwagen. Es gab mehrere Sendungen, auch die Räumung wurde direkt übertragen. Viele Polizisten hörten mit: „Radio Freies Wendland tönt unentwegt aus dem kleinen Transistorradio, das ein Kollege mitführt. So erfahren wir auch das, was wir nicht sehen können.“

Während sich viele im Dorf auf die Gestaltung eines alternativen Lebens konzentrierten, gab es im „Sprecherat“ heftige Kontroversen zwischen den Atomkraftgegnern aus dem Landkreis und denen aus den Städten. Soll die Republik Freies Wendland bei einer Räumung verteidigt werden? Wenigstens symbolisch, durch Jauche-Beschuss, durch Barrikaden? Nachdem man sich nicht einigen konnte, ob Barrikaden noch gewaltfreie Widerstandsmittel sind, schritten ihre Befürworter zur Tat. Sie hoben auf den Zufahrtswegen Gruben aus und trugen starke Äste zusammen. Erst nach einer Intervention von Kommunalpolitikern, die mit der Besetzung sympathisierten, dem Sperren der Gemeindegasse aber nicht zustimmten, wurde beschlossen, die Hindernisse wieder abzubauen.

Das Verhältnis der Dorfbewohner, so haben es viele Beteiligte erlebt und beschrieben, war trotz der Spannungen und Konflikte von Vertrauen und Körperlichkeit geprägt. Eine Lehrerin: "Ich hab mich über jeden gefreut, der neu angekommen ist. Das waren ja alles Leute, die was Ähnliches wollten wie du selbst, ich hätte jedem um den Hals fallen können". Lilo Wolny (Jahrgang 1926): "Auf dem

Platz, als ich die Leute gesehen hab, hatte ich andauernd das Gefühl, ich muss die irgendwie in den Arm nehmen, und ich hab das auch gemacht.“

Es gab in der Republik Freies Wendland eine weit gehende Identifizierung von Erbauern und Erbautem – und auch deswegen bei der Räumung viele Tränen. „Was da in Klein-Utopia einstürzte, ist die Architektur einer Welt ohne Hiroshima“, urteilte die „Zeit“. Und der – inzwischen verstorbene – Gewerkschafter und Umweltschützer Heinz Brandt schrieb: „Das Antiatomdorf war nicht allein gegen die tödliche Atomenergie gerichtet, sondern Symbol neuer Lebensweise überhaupt.“

Die Polizei kam im Morgengrauen. Am 4. Juni 1980 räumten rund 10.000 Beamte die „Republik Freies Wendland“. Die Staatsmacht zog ein Bürgerkriegsmanöver auf. Mit Panzern und Bulldozern und ständig startenden, landenden und im Tiefflug über die Hütten donnernden Hubschraubern. Viele Polizisten und Grenzschilder hatten sich vermurmt und ihre Gesichter geschwärzt. Sie zerrten die auf dem Boden sitzenden Demonstranten aus der Menge und luden sie auf der anderen Seite der Absperrungen wieder ab. Wer Widerstand leistete, erhielt Tritte oder Knüppelschläge. Die Bulldozer walzten die Hütten platt. Radio Freies Wendland übertrug die Räumung live.

In der Freien Republik Wendland hat sich das Verhältnis zwischen einheimischen und auswärtigen Atomkraftgegnern weiter entspannt. Fortan wird, so Wolfgang Ehmke, „mit viel weniger ideologischer Verbissenheit als früher um die richtigen Widerstandskonzepte gestritten.“ Die meisten auswärtigen Gruppen akzeptieren die Meinungsführerschaft der BI für den Protest in Gorleben. Die BI selbst hat erkannt, „dass es einen Königsweg im Widerstand nicht gibt“.

In den achtziger und neunziger Jahren taumelte die bundesweite Anti-Atom-Bewegung von einer Krise in die nächste. Viele Initiativen fallen auseinander, AKW-Gegner und -Gegnerinnen der ersten Stunde engagieren sich in anderen gesellschaftlichen Konflikten, demonstrieren an der Startbahn West und gegen Naziaufmärsche, besetzen Häuser oder ziehen sich ins Berufs- und Privatleben zurück. Der Widerstand in Gorleben bleibt von den Schwankungen in der Konjunktur der sozialen Bewegungen zwar nicht verschont, harrt aber aus. Als Ministerpräsident Albrecht sein Versprechen bricht und mit der Gemeinde Dragahn einen neuen Standort für eine Wiederauf-

tonnenschwere Last der Behälter als nicht mehr tragfähig erwies. – Im März 2001 wurden die Transporte wieder aufgenommen, jetzt übernahm Rot-Grün das Kommando. Im November folgte im Schatten des 11. September ein weiterer Transport. Die Kosten für die Bewachung sind immer noch ein Ärgernis, so dass seit November 2002 immer 12 Behälter angeliefert werden. Auf 420 Stellplätzen verlieren sich noch die 80 Castoren. Aber jeder Behälter, der in der zugehörigen Halle steht, zementiert Gorleben als Endlagerstandort.

### Pilotkonditionierungsanlage (PKA)

In der PKA soll getestet werden, wie hochaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann. Da ein Endlager in Gorleben jedoch fraglich ist und eine entsprechende Konditionierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Sinn macht, soll die 800 Mio. DM teure Investitionsruine einem anderen Zweck zugeführt werden: als heiße Reparaturzelle für kaputte Castoren. Die 3. Teilgenehmigung für die umfunktionierte PKA ist Anfang Dezember 2000 erfolgt. Damit verzögerte sich deren Inbetriebnahme bereits um 5 Jahre. Für den Widerstand war das grüne Licht für die PKA jedoch der Elchtest für den Ausstiegswillen von Rot-Grün: Der heiße Betrieb wurde jedoch noch nicht aufgenommen.

### Endlagerbergwerk

Die Eignung des Gorlebener Salzstocks, der ab dem Jahr 2030 als Endlager für alle Arten von Atommüll dienen soll, wird seit Jahren von namhaften Geologen bestritten: 1987 krachte ein Schacht beinahe in sich zusammen, permanente Wassereinträge beim Abteufen begleiteten den Ausbau des Endlagers, der getarnt als „Erkundungsbergwerk“ bisher nach Bergrecht und unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorangetrieben wurde. Lediglich der in seinen Salzrechten tangierte Atomkraftgegner Andreas Graf von Bernstorff konnte von seinem Klagerecht Gebrauch machen. Inzwischen ist mit der Salinas Salz GmbH ein wirtschaftlich ernstzunehmender Gegenspieler für die Endlagerbauer auf dem Plan. Schwarz-Rot will offenbar keinen Abbruch des Projekts: Das Moratorium auf der Baustelle, das seit Oktober 2000 zur Unterbrechung der Bauarbeiten führte, wird nicht mit den planerischen Mängeln und den katastrophalen geologischen Befunden begründet. So ist zu befürchten, dass die Gorleben-Karte bei einer weiteren Endlagersuche wieder untergemischt wird.





arbeitsanlage im Wendland ins Spiel bringt, reagiert die BI mit einer neuerlichen Platzbesetzung. Und als wenig später auf Tiefladern die ersten Fässer mit radioaktivem Atom Müll nach Gorleben gekarrt werden, verbarrikadieren tausende mit Baumstämmen, Autos und ihren Körpern die Zufahrtsstraßen in den Landkreis.

„Wenn Du Standortpolitik machst“, beantwortet Wolfgang Ehmke die Frage nach den Gründen für die Ausdauer der BI, „kannst du dir eigentlich nicht aussuchen, ob du dich mal engagierst und mal nicht“. An einem Tag stimme der Gemeinderat über einen Flächennutzungsplan ab, an einem anderen diskutiere der Kreistag über ein Demonstrationsverbot, am dritten beschließt der Landtag den Bau einer neuen Polizeikaserne. „Ständig stehen Entscheidungen an, die nach politischen Antworten und Reaktionen verlangen. Du hast deshalb gar keine Zeit, dich zurückzulehnen und zu sagen, na ja, wollen wir's mal zwei, drei Jahre ruhiger angehen lassen“.

Dabei ist die BI längst nicht mehr einziger Protagonist des wendländischen Widerstandes. Daneben agierten oder agieren noch die erwähnte Bäuerliche Notgemeinschaft, die Gorleben-Frauen, die Seniorinnen und Senioren von der Initiative 60, die „Grauen Zellen“, Schülergruppen, unabhängige Castor-Komitees oder der Motorradclub „Idas“ - auch in der griechischen Mythologie ein Widersacher von „Castor“. Mit Plakat- und anderen Aktionen, zuletzt beim Castortransport im vergangenen November, macht immer mal wieder auch die „Republik Freies Wendland“ von sich reden.

Zur Absprache von Aktionen treffen sich die Widerständler bei den so genannten „Ratschlägen“. Da werden Ideen eingebracht, erörtert und wieder verworfen. „Nach zwei oder drei Stunden merkt man, ob ein Vorschlag sich setzt oder nicht“, erzählt ein langjähriger Widerstandsaktivist. Wenn nicht, „wird der Vorschlag zurückgezogen, dann hat es auch keinen Zweck, daran festzuhalten oder darüber abzustimmen“.

Weil ihr Protest so hartnäckig ist, geraten BI und andere Widerständler im Wendland ins Visier von Polizei und Verfassungsschutz. Kripoleute in Zivil verfolgen Bauern auf dem Weg zu Gesangs- und Kegelabenden, notierten die Kennzeichen von Autos und Traktoren, sie

schneiden Telefongespräche mit und leuchten nachts auch schon mal die Fenster und Fassaden von Höfen und Kneipen aus. Gegen etliche Wohngemeinschaften wird nach dem Terrorismus-Paragrafen 129a ermittelt, hunderte Atomgegner müssen sich vor Gericht verantworten.

Nach Presseberichten vom August 1985 waren damals mehr als zweitausend Einwohner aus dem Kreis Lüchow-Dannenberg im „Spurendokumentationssystem“ des niedersächsischen Landeskriminalamtes gespeichert. „Auf einmal“, sagt Wolfgang Ehmke, „war man selber Radikaler und Verfassungsfeind“. Als der frühere Bundesinnenminister und Schwarze-Kassen-Verwalter Manfred Kanther (CDU) nach dem ersten Castor-Transport die Demonstranten in Gorleben öffentlich als „unappetitliches Pack“ und „Chaoten“ titulierte, inserierte die Bäuerliche Notgemeinschaft in der Elbe-Jeetz-Zeitung: „Wir sind die Chaoten“.

Mehr als je zuvor ist Gorleben in den vergangenen Jahren zum Symbol und Kristallisationspunkt des Anti-Atom-Protestes in Deutschland geworden. Die Castortransporte haben sich zu einem politischen Dauerkonflikt entwickelt, der Staat fährt sein ganzes Machtpotenzial auf, um die Atom Müllfuhren durchzusetzen. Die teuersten und aufwendigsten Polizeieinsätze ganz Deutschlands gelten dem Geleitschutz für die strahlenden Mülltonnen.

„Jeder weitere Castorbehälter zementiert Gorleben als Endlagerstandort“, sagt die BI. Denn wenn Gorleben zum deutschen Endlager für hochradioaktiven Müll wird, müssten die Abfälle aus dem Zwischenlager nur ein paar hundert Meter weiter in den Salzstock gebracht und dort verbuddelt werden. Ein anderes, womöglich Hunderte Kilometer entferntes Endlager würde dagegen neue Castortransporte, neue Proteste und neue Polizeieinsätze bedeuten.

Im Zuge der Vereinbarungen zum so genannten Atomkonsens hatte der Grüne Bundesumweltminister Jürgen Trittin die Erkundungsarbeiten im Salzstock – in Wirklichkeit ist dort längst ein Endlager fast fertig ausgebaut worden – für bis zu zehn Jahren unterbrechen lassen. Seit der Bundestagswahl 2005 drängen Union und Atomwirtschaft darauf, dieses Moratorium aufzuheben und Gorleben so schnell wie möglich

als Endlager in Betrieb zu nehmen. Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) fordert zwar, dass auch ein oder zwei andere Standorte erkundet werden sollen. Zuletzt verkündete er jedoch, er sei bereit, die Erkundung des Salzstocks in Gorleben wieder aufzunehmen. CDU und CSU sollten im Gegenzug ein neues Endlagergesetz im Bundestag mittragen.

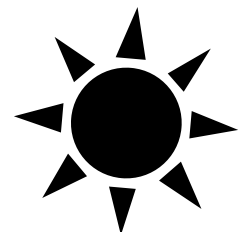
Doch von so einem Deal will die Union zumindest nach außen hin nichts wissen. Eine neue Suche nach entsprechend dauerhaften Lagermöglichkeiten sei in dieser Legislaturperiode nicht mehr zu schaffen, behauptet Fraktionschef Volker Kauder. Deutschland brauche jedoch möglichst schnell ein Endlager – schließlich bringe auch der Ausstieg aus der Kernenergie Atom Müll mit sich. Ihm sei auch gar nicht bekannt, dass Gabriel ein neues Erkundungsgesetz für die Suche nach alternativen Endlagerstandorten in den Bundestag einbringen wolle.

„Gorleben steht eigentlich fest“ - mit diesen Worten zitierte die in Lüneburg erscheinende „Landeszeitung“ Kauder im November nach dem Castortransport. Der Chef der Unionsfraktion im Bundestag soll den Satz am Rande einer Klausurtagung am Montag im niedersächsischen Adendorf gesagt haben. Von niedersächsischen Parteifreunden auf die Sprengkraft dieser Aussage aufmerksam gemacht, ruderte Kauder in der anschließenden Pressekonferenz etwas zurück: Natürlich solle die weitere Erkundung von Gorleben ergebnisoffen sein.

Auch Gabriel geht inzwischen noch weiter: „Ich bin bereit, Gorleben in Betrieb zu nehmen, wenn es auch nur gleich gute Endlager an anderer Stelle gibt, weil in Gorleben das meiste Geld investiert wurde“, sagte er. Die Atomkraftgegner im Wendland sind über diese Äußerungen empört. „Der Salzstock Gorleben ist völlig ungeeignet zur jahrtausendelangen sicheren Lagerung von Atom Müll. Er wird auch dadurch nicht geeignet, wenn es nirgendwo sonst einen besseren Standort gibt“, bekräftigt etwa Jochen Stay, Sprecher der Antiatomkampagne „X-tausendmal quer“. „Ich kann ja auch nicht mit drei defekten Autos zum TÜV und bekomme dann auf das die Plakette, das am wenigsten Schäden aufweist.“

Die BI verweist darauf, dass es in Deutschland bereits zwei Atom Müllendlager in Salzformationen gibt, die beide in katastrophalem Zustand sind. Das „Versuchsendlager“ Asse II bei Wolfenbüttel, in das in den 60er und 70er Jahren 125 000 Atom Müllfässer eingebunkert wurden, ist wegen täglicher Laugenauflüsse buchstäblich am Absaufen. Und das Endlager Morsleben in Sachsen-Anhalt droht einzustürzen, nachdem vor fünf Jahren ein Tausende Tonnen schwerer Salzbrocken von einer Zwischendecke krachte. Während die Kammern des Morslebener Salzbergwerks mit Salzgrus verfüllt werden, um eine notdürftige Stabilisierung zu erreichen, schwadronieren Politiker fast aller Couleur weiter von einer angeblichen „Eignungshöflichkeit“ des Gorlebener Salzstocks. Den Nachweis für diese Behauptung sind sie bis heute schuldig geblieben.

Reimar Paul



# From Salzburg to Window Rock

„Everything starts with Mining“ ist auf dem Schild vor der Goldmine in den Black Hills in Süd Dakota, USA zu lesen.

**Ob Gold, Kohle oder Uran, was für die einen der Beginn, ist für die anderen zumindest schweres Leid, oft aber oft auch in letzter Konsequenz der Untergang. Für die Dine im Südwesten der USA, deren Reservation sich über Teile von Utah, Colorado, Arizona und New Mexico erstreckt und auf deren Land seit 65 Jahren Uran und Kohle abgebaut wird, bedeutet das verseuchtes Land und kranke Menschen.**

Über tausend stillgelegte Uranminen, von denen Hunderte offen dem Wind ausgesetzt sind, verbreiten radioaktiven Staub über viele Meilen. Tausende Dine sind von Krebs betroffen, entweder durch Arbeiten in den Minen, verseuchtes Trinkwasser oder auch durch strahlende Häuser, welche aus dem Abraum der Minen errichtet sind. „As long as there are no Answers to Cancer, we should not have Uranium Mining on the Navajo Nation“, sagt President Joe Shirley und verabschiedete 2005 den „Natural Resources Protection Act“, ein Gesetz das den Abbau und die Weiterverarbeitung von Uran auf Navajo Land verbietet. Auch aus diesem Grund war der Platz für die Fortsetzung des 1992 in Salzburg stattfindenden „World Uranium Hearings“, dem „Indigenous World Uranium Summit“ bei der Navajo Nation in Window Rock gut gewählt. Vom 30. Nov -2. Dez 2006 trafen sich dort Indigene Völker aus aller Welt, und viele Unterstützer/Gruppen unter anderem auch aus Deutschland, um sich auszutauschen und neue Strategien zu entwickeln und wie aus der Einladung hervorgeht: *Neuen Widerstand gegen bestehende und zukünftige Uranminen auf Stammesland zu formieren; Die Durchsetzung des neuen Gesetzes gegen Uranabbau zu unterstützen; Nukleare Endlager auf Stammesland zu verhindern; Nationale und Internationale Zusammenarbeit gegen die Nukleare Industrie zu organisieren; Entwicklung von erneuerbaren Energien für Indigene Völker zu fördern.* Klare Ziele, die hoffentlich auch in der Westlichen Welt Unterstützung finden werden.

**Deklaration des Indigenous World Uranium Summit in Window Rock Dezember 2006 :**

Die hier versammelten Menschen fordern zu dieser kritischen Zeit der zunehmenden

Weltweiten Nuklearen Bedrohung von Mutter Erde und allen Lebens, einen Weltweiten Stopp von Uranabbau, Verarbeitung, Anreicherung, Waffentests und Endlagerung auf Indigenem Land. Vergangene, heutige und zukünftige Generationen von Indigenen Völkern sind unverhältnismäßig betroffen von Internationalen Nuklearwaffen und Energieindustrie. Die Nukleare Kette verseucht Land, Luft und Wasser unserer Völker, und bedroht unsere Existenz und unsere kommenden Generationen. Die Kernenergie ist keine Lösung gegen die Globale Erwärmung. Uranabbau und Nukleare Energieentwicklung greifen unsere fundamentalen Menschenrechte und Naturgesetze an, und gefährden unsere traditionellen Kulturen und Spirituellen Wege. Wir bekräftigen erneut die Deklaration des World Uranium Hearings in Salzburg von 1992. Uran und andere radioaktive Minerale müssen in ihrer natürlichen Umgebung bleiben. Auch stehen wir in Solidarität mit der Navajo Nation für die Verabschiedung des „Dine Natural Resources Protection Act“ von 2005, welcher Uranabbau und Verarbeitung verbietet und auf fundamentalen Gesetzen der Dine basiert. Wir geben unsere ganze Kraft für eine nuklearfreie Zukunft. Indigene Völker sind spirituell und kulturell mit unserer Mutter Erde verbunden, deshalb unterstützen wir die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen, die dazu beitragen Indigenes Land und das Ökosystem der Erde zu erhalten, nicht zu zerstören. In Anerkennung unserer Vorfahren leisten wir seit Jahrhunderten Widerstand gegen Kolonialismus. Wir achten die Arbeit, Courage und die Opfer der Menschen Indigener Nationen und Australien, Brasilien, Canada, China, Deutschland, Indien, Japan, USA, und Vanuatu, welche an dem Treffen teilnahmen. Auch achten wir die unschätzbare wertvolle Arbeit derer, die bei der Nuclear free Future Awards Zeremonie am 1.12.06 geehrt wurden. Mit der Unterstützung von gewaltfreien Aktivisten gegen Uranentwicklung werden wir fortfahren. Wir sind entschlossen das Wissen, das wir auf diesem Treffen zusammengetragen haben mit der Welt zu teilen. In den kommenden Wochen und Monaten werden wir die Zeugenaussagen, Traditionelles Indigenes Wissen, Medizinische und Wissenschaftliche

Fachbeiträge sammeln, welche ein weltweites Verbot von Uranentwicklung rechtfertigen. Wir werden spezielle Pläne formulieren, welche von Stammes bis zur Internationalen Ebene Unterstützung bringen für den Widerstand Indigener Völker gegen die Nukleare Kette. Außerdem streben wir mit Juristischen und Politischen Mitteln für alle vergangenen, heutigen und zukünftigen Belastungen Indigener Völker durch die Nukleare Kette Wiedergutmachung an. (Übersetzung Günter Hermeyer)

**Nuclear Free Future Award Zeremonie am 1. 12. 06 in Window Rock**

Der Nuclear Free Future Award wird seit 1998 an verschiedenen Orten vergeben. Er wird an Menschen verliehen, die sich vorbildlich für eine Zukunft ohne Atomwaffen und Atomenergie einsetzen.

**Widerstand:** Sun Xiaodi Bergarbeiter aus China, informiert über Folgen von Uranbergbau – Krebs, Tod und Missgeburten.

**Aufklärung:** Dr Gordon Edwards aus Kanada informiert seit 30 Jahren die Kanadische Öffentlichkeit über Gefahren von Kernenergie, verhinderte dadurch unter anderem einen Reaktorneubau in Quebec, ein Endlager im Nordosten der USA und Uranminen in mehreren Provinzen Kanadas.

**Lösungen:** Wolfgang Scheffler und Heike Hoedt aus Deutschland bauen Parabolspiegel, aus einfachen Materialien, von denen Weltweit schon über tausend als Solarkocher im Einsatz sind.

Für sein Lebenswerk wurde auch Ed Grothus aus den USA geehrt, der vor der Kernwaffenschmiede von Los Alamos einen Schrotthandel betreibt. Als ehemaliger Kollege hält er ihnen unentwegt und vergnügt einen Spiegel vor und zeigt immer wieder die Fratze des Atomzeitalters. Außerdem wurde das Southwest Research und Informationcenter in Albuquerque ([www.sric.org](http://www.sric.org)) für seine Aufklärungsarbeit um die Uranproblematik geehrt.

Quelle: nuclear free.com

Um die Deklaration von Window Rock zu unterstützen, sollen Weltweit Unterschriften gesammelt werden. Diese liegen im Büro der BI aus.

Günter Hermeyer



## Let's Rock Them Hard! Benefiz CD der BI Lüchow Dannenberg

Wir haben diese CD nicht in erster Linie zur Geldbeschaffung hergestellt, sondern vor allem um junge Menschen zu motivieren sich bei unserem Protest mit einzubringen. Sie haben zum Inhalt den alltäglichen Rassismus mit dem wir alle immer wieder konfrontiert werden, die sozialen Verhältnisse - die sich rapide verschlechtern für einen großen Teil unserer Gesellschaft - und schildern exemplarisch wie „Mensch“ sich Wehren kann.

**Dazu wollen wir beitragen.**

Es wird immer wichtiger sich für seine und die Interessen anderer einzusetzen und zu engagieren. Diesem Ziel soll diese CD Helfen ein kleines Stück näher zu kommen.

**Wir sehen uns - G8 - Castortransporte - gegen Nazis  
Es gibt viel zu tun  
Packen wir es gemeinsam an!**

# Russischer Widerstand gegen Gronauer Uranmüll

„Ecodefense!“-AktivistInnen berichten

Im März 2006 wird die russische Umweltorganisation „Ecodefense!“, für die wir als Ko-Vorsitzende arbeiten, auf Einladung deutscher Anti-Atom-Initiativen eine Vortragsreise durch Deutschland unternehmen. Dabei geht es um den Export von deutschem Uranmüll aus der Urananreicherungsanlage (UAA) Gronau nach Russland, der schon seit den 90er Jahren stattfindet und lange in Russland völlig geheimgehalten wurde.

2004 haben wir zum ersten Mal von diesen internationalen Atommülltransporten gehört und noch im selben Jahr eine Kampagne dagegen gestartet. Inzwischen kooperieren wir mit Anti-Atom-Gruppen in Deutschland. Unser Ziel ist der komplette Stopp der Urantransporte.

Wir wissen, dass die transnationale Urenco Holding als Betreiberin der Gronauer UAA ihren abgereicherten Uranmüll nicht an den eigenen Atomstandorten verwerten oder lagern will, weil dies sehr teuer wäre und ihr Urangeschäft damit zum Erliegen gebracht würde. Also entschied sich die Urenco, den Atommüll nach Russland zu schicken, wo geheime Atomanlagen des Militärs den Müll für wenig Geld gerne entgegennehmen.

Viele deutsche TouristInnen erleben in Moskau, St. Petersburg oder einigen anderen Großstädten eine rasche wirtschaftliche Entwicklung; Moskau ist z.B. die teuerste Stadt der Welt. Aber es gibt Städte in Russland, die nicht mit Moskau oder

irgendeiner anderen offenen Stadt zu vergleichen sind: Die sogenannten „Geschlossenen Städte“ sind ein Erbe der Sowjetunion und gehören normalerweise zu einer Militäranlage. Dort werden (Atom-)Bomben produziert oder eben Uran angereichert.

Die Geschlossenen Städte haben eine Bevölkerung von 10 bis 300.000 EinwohnerInnen und sind komplett mit Stacheldrahtzäunen abgesperrt. Niemand kann die Städte ohne besondere Erlaubnis des KGB-Nachfolgers FSB oder des Atomministeriums betreten; für die meisten Menschen – auch für uns – ein hoffnungsloses Unterfangen. Die BewohnerInnen der Geschlossenen Städte dürfen inzwischen den Militärbereich verlassen und außerhalb arbeiten oder einkaufen, aber sie wohnen noch immer von Stacheldraht umgeben. Und sie werden vollständig vom Geheimdienst überwacht.

**Warum ziehen die Menschen dann nicht weg?**

Nun, einige fürchten, „draußen“ keinen Job zu bekommen, andere glauben, draußen werde es ihnen noch schlechter gehen. Sie haben keinen Ort, an dem sie willkommen wären. Zudem werden sie vom System relativ gut bezahlt. Sie wissen, dass der KGB/FSB schützend einschreitet, wenn in einer militärischen Einrichtung etwas passiert, z.B.

indem er die Informationsverbreitung verhindert.

Die Menschen wissen, dass sie in diesem System keine Rechte haben, aber sie geben sich mit der Garantie eines guten Jobs und einer stabilen Versorgung zufrieden. Dieses Denken hat sich seit den Zeiten der UdSSR nicht geändert, und die russische Regierung tut alles, damit es so bleibt. Auf den meisten internationalen Landkarten wird man die Geschlossenen Städte vergeblich suchen, weil die Regierung noch immer ihre Geheimnisse bewahren möchte.

Und genau in diese Städte schickt die deutsche Urenco-Tochter (Urenco Deutschland GmbH) ihren radioaktiven Abfall zur Endlagerung. Nach unseren Recherchen handelt es sich dabei um vier Orte am Ural und in Sibirien, die über eigene Urananreicherungsanlagen verfügen: 1. Novouralsk, in der Nähe der drittgrößten russischen Stadt Ekaterinburg; 2. Angarsk, in der Nähe des Baikalsees bei Irkutsk; 3. Seversk, in der Nähe von Tomsk und 4. Zelenogorsk bei Krasnojarsk.

Die Atomindustrie redet offiziell von „teuren

Zeitungsveröffentlichungen und lokalen TV-Sendungen mehr als 2 Millionen Menschen.

2006 verdichteten sich unsere Aktivitäten. Im April wandte sich „Ecodefense!“ an Umweltgruppen im ganzen Land, um zum 20. Tschernobyl-Jahrestag Proteste gegen den Import von Atommüll zu organisieren. In 12 Großstädten kam es zu Aktionen. Im Juni erreichte ein weiterer Urenco-Urantransport Russland, und es kam in Sankt-Petersburg, Moskau und am wahrscheinlichen Zielort, Ekaterinburg, zu Protesten. Im Sommer trafen sich schließlich AktivistInnen aus einem Dutzend russischer Städte bei einem „Ecodefense!“-Anti-Atom-Camp in Tomsk. Bei einer Aktion gegen den Atommüllimport wurden 12 Leute festgenommen, nachdem sie erfolgreich auf dem Gebäude des örtlichen Gouverneurs ein Transparent mit der Aufschrift „Kein Import von Atommüll“ entrollt hatten.

Tomsk ist bekannt für seine vielen Universitäten und wird deshalb oftmals als intellektuelle Hauptstadt Sibiriens bezeichnet. Es ist leider auch wegen der nahe gelegenen Geschlossenen Stadt Seversk bekannt, wo ein Teil des Urenco-Atommülls landet.

Im April 1993 erschütterte eine große Explosion die Atomanlage Seversk, und radioaktiver Dampf verstrahlte eine Fläche von mehreren 100 km<sup>2</sup>. Mehrere Ortschaften wurden mit Uran, Plutonium und anderen radioaktiven Stoffen verseucht. Im Mai 2006 wurde als Folge in einer betroffenen

Ortschaft z.B. ein Kalb mit zwei Köpfen geboren. „Trotz der radioaktiven Verseuchung wurde keine Ortschaft bis jetzt evakuiert,“ beklagte die ortsansässige Umweltschützerin Zinaida Kolomoitseva auf einer „Ecodefense!“-Demo.

„Wir müssen die gefährlichen Aktivitäten des Kombinat stoppen, bevor die gesamte russische Bevölkerung so geschädigt wird wie wir.“

Kolomoitseva stammt aus Naumovka, das genau wie der Nachbarort Georgiyevka unter den Folgen des Atomunfalls von 1993 leidet. Die BewohnerInnen von Naumovka haben beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine Klage eingereicht, die derzeit verhandelt wird. Das Gericht hat kürzlich die russische Regierung aufgefordert zu erklären, warum das russische Gerichtssystem so lange die Behandlung der Klage verzögert hat.

Dieses Mal lässt sich nicht verbergen, welchen Schaden die Atomindustrie der Bevölkerung zufügt. Doch in anderen Geschlossenen Städten, wie Novouralsk oder Zelenogorsk, ist es unmöglich, an Informationen über die Lage in den Städten selbst zu bekommen, weil es dort keine freie Presse gibt und die BewohnerInnen angesichts der KGB/FSB-Kontrolle nicht darüber reden wollen. Genau diese Zwangslage nutzt die Urenco aus, um ihren Atommüll klammheimlich zu entsorgen.



Wertstoffen“, die nach der Wiederanreicherung nach Gronau zurückkommen sollen. Doch in Wirklichkeit geht der Urenco-Müll beim Überschreiten der russischen Grenze in russisches Eigentum über, ohne jede Rücknahmeverpflichtung.

Allein von 1996 bis 2001 (leider haben wir nur für diese Jahre verlässliche Mengenangaben) schickte die Gronauer Urenco 9.740 Tonnen Uranmüll nach Russland. Für den Zeitraum 2001 bis 2006 sind ungefähr dieselben Mengen anzunehmen, aber die genauen Zahlen werden geheimgehalten. Dementsprechend wurden zwischen 1996 und 2006 rund 19.000 Tonnen Atommüll von Gronau nach Russland geliefert. Während der Gewinn aus diesem Geschäft an die Urenco und wahrscheinlich auch an hochrangige Angestellte von Rosatom, der staatlichen Atomenergieaufsichtsbehörde, geht, gefährdet der Atommüll die russische Bevölkerung.

**Die Proteste nehmen zu**

Die letzten zwei Jahre waren ein Durchbruch im Kampf gegen die Uranmüll-Transporte der Urenco. Im Sommer 2005 organisierten wir ein Protestcamp mit mehr als 100 TeilnehmerInnen in Ekaterinburg. Dies war die erste größere Aktion gegen die Urenco in Russland. Ein Report über den Atommüllhandel zwischen der russischen und deutschen Atomindustrie erreichte mit Hilfe von

Im Oktober 2006 organisierten „Ecodefense!“ und die russisch-norwegische Umweltgruppe Bellona gemeinsam einen Runden Tisch in Sankt Petersburg. Überraschend forderte die St. Petersburger Stadtverordnete Natalya Yevdokimova ein Ende des rechtlichen Wirrwarrs, der auf dem Feld der Atomtransporte herrscht. Rund 50.000 t radioaktive Stoffe werden jährlich in der



4,5 Millionen Metropole umgeschlagen. Die Urenco verschifft z.B. ihren Gronauer Uranmüll über Rotterdam nach St. Petersburg, wo er wieder auf Züge Richtung Sibirien umgeladen wird. Doch solange Putin und seine Regierung an der Macht sind, wird es wahrscheinlich kein gesetzliches Verbot geben, weil für die politische Elite die Atomindustrie absoluten Vorrang genießt.

Nur Massenproteste können das ändern, wie z.B. in Irkutsk, wo Putin auf Druck lokaler Umweltgruppen die Route einer riesigen Ölpipeline verlegen musste, weil sie zu nah am Baikalsee vorbeiführen sollte.

Diese Umweltgruppen protestieren nun für einen Importstopp von Atomwägen.

#### Atomzüge unbewacht und verstrahlt

Wenn die Dokumente der Aufsichtsbehörden stimmen, dann fahren die Atomzüge oftmals ohne jede Sicherheitsvorkehrungen. Manchmal fährt eine Wache mit, doch sind dies oftmals gerade eingezogene Rekruten, denen nicht mal gesagt wird, was sie eigentlich bewachen sollen.

Die offiziellen Dokumente verraten auch, dass alle Menschen im Umkreis von 1 km sterben würden, falls ein Behälter mit Urenco-Atomwägen undicht würde. Denn das angereicherte Uran wird als UF<sub>6</sub> transportiert, das bei Berührung mit Luftfeuchtigkeit die hochgiftige Fluorwasserstoffsäure bildet. Im Umkreis von 30 km stiege die Wahrscheinlichkeit, entweder zu sterben oder an Krebs zu erkranken.

Im Juli 2006 entdeckten UmweltschützerInnen mehrere unbewachte Uran-Waggons im Bahnhof von Kapitoloowo bei St. Petersburg. Die Waggons waren direkt neben den Bahnsteigen für Passagiere geparkt. Die radioaktive Strahlung auf den Bahnsteigen, wo die Fahrgäste warteten, betrug 800 Mikroröntgen/Std., mehr als 40mal über dem Niveau der natürlichen Hintergrundstrahlung.

Im Oktober 2006 blockierten AktivistInnen von „Ecodefense!“ und des Aktionsbündnis

Münsterland gegen Atomanlagen für eine halbe Stunde die deutsche Botschaft in Moskau, weil die deutsche Bundesregierung den Atomdeal rechtlich unterstützt. Fünf AktivistInnen wurden für einige Stunden festgenommen. Im November 2006 kam eine „Ecodefense!“-Delegation nach Gronau und nahm dort an Blockaden der UAA Gronau und Almelo teil (s. GWR 314).

Mittlerweile haben AtomkraftgegnerInnen aus Moskau, Ekaterinburg, Tomsk und Irkutsk bei der Staatsanwaltschaft Münster Strafanzeige gegen die Urenco gestellt, wegen des „Verdachts auf illegalen Atommüllexport nach Russland“.

Anfang Dezember fand zum Abschluss des Jahres eine von „Ecodefense!“ und der örtlichen Umweltorganisation Baikal Environmental Wave organisierte Demo in Irkutsk am Baikalsee statt. Bei 20° Grad minus gingen rund 250 Menschen gegen den Atommüllimport auf die Straße.

Wir gehen sehr optimistisch ins neue Jahr, denn der Widerstand in Russland und Deutschland wächst.

Wir sind überzeugt, dass wir gemeinsam die Atomindustrie und ihre kriminellen Machenschaften stoppen können.

Sowohl Urenco wie auch Rosatom sind Teil der großen internationalen Atommafia, die skrupellos das Leben der Bevölkerung aufs Spiel setzt. Wir müssen deshalb gemeinsam gegen die Atomtransporte von Russland und Deutschland kämpfen – und wir werden gewinnen.

Vladimir Sliyvak (Moskau), Olga Podosenova (Ekaterinburg), Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Eickhoff, weitere Infos: [www.sofa-ms.de](http://www.sofa-ms.de)



## Jetzt schlägts's 30



### 24. Februar, Breselenz „Gasthaus Lühr“

- 15 Uhr: Bäuerinnencafé mit Lesung: „Im Wendland ist man der Wahrheit näher“
- 17 Uhr: Wendländische Kreuzfahrten, mit Bus und Treckern zum „Gorleben-Archiv“ in Grabow, zur Fotoausstellung im „Café Grenzbereiche“ in Platenlaase und zu „Raum 2“ in Neu Tramm
- 19.30 Uhr: „30 Jahre Gorleben“, Laudatio von Reimar Paul, Ex-Aktivist und Journalist
- 20 Uhr: „Plauderei aus dem Nähkästchen“, Altvordere erzählen aus der Zeit vor der Standortbenennung
- 22 Uhr: Live-Musik mit Trillke Trio
- 24 Uhr: Gorleben-Disco

Einlaß gegen Spende

Versteigerung von Widerstandsfotos zu Gunsten des Gorleben-Archiv e.V.

### 24. Februar, Neu Tramm „Raum 2“

- ab 20 Uhr: Feuershow mit den Xamba - Trommlern
- 20.30 Uhr: Politisches Kabarett mit Ebermann und Trampert

- anschließend:
  - Hip-Hop-Live-Acts
  - Klaus der Geiger Live

- ab ca. 22 Uhr:
  - „Zaunkönig“
  - Cross-Over aus Münster, Live

- anschließend:
  - Tanzparty mit DJ Amadeus

Eintritt: 3 / 5 Euro + X-Spende

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX



### 24. Februar 13 Uhr, Atomanlagen Gorleben

Aktion und Überraschungen an den Gorlebener Atomanlagen mit XAMBA und Blasquartett 3/4

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

### Sonntag, 25. Februar

- 11 Uhr: Frühstücksbrunch in den „Trebeler Bauernstuben“
- 14 Uhr: Gorlebener Gebet an den Gorleben-Kreuzen
- 15 Uhr: Kaffeetrinken im „Gasthaus Wiese“ in Gedelitz



### Platenlaase „Café Grenzbereiche“

Ausstellung zum Thema Widerstand mit Bildern von Wolfgang Eisenberg, Timo Vogt, Rainer Erhard, Otto Kiehn 22.2., 20.15 Uhr, Kino: „Der Traum von einer Sache“ 25.2., 17.45 Uhr, Kino: „Slowmotion“ oder „Castor 2006“ 25.2., 20.15 Uhr, Kino: „Haut ab“ oder „Castor 2006“ 24.2., ab 19.30 Uhr: Kneipe für Pendler

### „Gorleben-Archiv“, Grabow, Am Rott 5

22. und 23.2. jeweils von 14 bis 18 Uhr: Tag der offenen Tür und Ausstellung

### Dannenberg im „Sprechzimmer“ neben der Kirche

30.1. bis 15.3.: Ausstellung „Das unappetitliche Pack!“ November-Fotos 2006 von Ingrid und Werner Lowin

### Dannenberg in der Galerie „Piccolo“, Marschtorstraße 54

„(M)ein Castor“ Ausstellung von Dirk Drazewski, Journalist



### Ausstellungen ab Donnerstag den 22.2.

Breselenz im „Gasthaus Lühr“ mit Bildern um den Widerstand von verschiedenen Fotografen in Trebel in den „Trebeler Bauernstuben“ im Bahnhof Meuchefitz mit Fotos von Bobby Malchartzek in Gedelitz im „Gasthaus Wiese“ 1004-Foto-Ausstellung vom Gorleben-Archiv e.V.



XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX



**Februar**

- 10.2., 12 Uhr: Großdemonstration vom Marienplatz zum Tagungsort  
www.no-nato.de
- 10.2. ab 17 Uhr: Antiatom-Soliparty „Anna & Arthur“ Lüneburg
- 17./18.2.: Schulungstreffen Sortir du nucléaire“ im Widerstandshaus in Bure
- 22.2.: 30 Jahre Standortbenennung Gorleben
- 23.-25.2.: Kompetenztraining für Energieprojekttage an Schulen  
www.bundjugend-berlin.de
- 24./25.2.: Fest 30 Jahre BI „30 Jahre und kein bisschen leise“
- 24.2. 11 Uhr: „Winterfrühstück“ hinterm AKW Fessenheim  
www.vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein

**März und später**

- 10./11.3.: Clowntraining der Clownarmee in Reddebeitz, www.clownarmy.org
- 17.3.07 jeweils 14 Uhr: dezentrale Demos in Frankreich gegen EPR  
Rennes, Lille, Strassbourg, Lyon, Toulouse
- 18.3. 15 Uhr: Mitgliederversammlung der BI Lüchow Dannenberg
- 22./23.3.: Fahrt nach Brüssel
- 23.3. 10 Uhr: Protestkundgebung/Aktion am Atonium
- 25.3.: 50 Jahre EURATOM
- 9.4.: Ostermarsch in die Colbitz-Letzlinger Heide mit „Markt der Möglichkeiten“
- 26.4.: Tschernobyl-Jahrestag
- 17.-28.5.: KulturelleLandPartie im Wendland, www.kulturelle-landpartie.de
- 25.5. 18.30 Uhr: Lichtbildervortrag in Göttien, Rosenhof „Der GAU und das Restrisiko“
- 2.6.-8.6.: Gipfeltage, www.g8-germany.de
- 6.6.-8.6.: G8 Gipfel in Heiligendamm, Hotel Kempinski
- 5.6.: Tag der Umwelt
- 6.-10.6.: Deutscher Ev. Kirchentag in Köln, www.kirchentag.de
- 28.6.-1.7.: Fusion in Kyritz an der Müritz

**Wiederkehrende monatliche Termine**

- Jeden Sonntag 14:00 Uhr, Gorlebener Gebet
- Jeden 1. Sonntag 14:00 Uhr, Gronau www.aku-gronau.de
- Jeden 3. Sonntag 14:00 Uhr, Sonntagsspaziergänge am Zwischenlager, BI-Ahaus
- Jeden 6. eines Monats ab 14.00 Uhr, Am Tor des AKW Brokdorf Mahnwache

aaa 877-038  
Februar 2007  
Preis 6 Euro

November 2006  
**Castor**



Erscheint mitte Februar 2007 für 6 Euro  
**aaa-Dokumentation**

**Vorranggebiet für tödliche Strahlung?**

Gegen planerische Festlegung auf Gorleben: Der Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) hat eine ablehnende Stellungnahme zur Festlegung eines Vorranggebietes zur Entsorgung radioaktiver Abfälle bei Gorleben an die niedersächsische Landesregierung eingereicht. Begründet wurde dies neben anderen Argumenten mit dem aktuellen Klimawandel. Klimaforscher und Meteorologen sagen einen Anstieg des Meeresspiegels für die nächsten 10-30 Jahre von bis zu 7.50 m bei Sturmfluten voraus. Der Endlagerstandort nahe der Elbe würde durch unberechenbare Wassereinträge absaufen und radioaktive Isotope in die Biosphäre gelangen. Als der Standort 1977 benannt wurde, hat niemand entsprechende Gefahren für möglich gehalten. In dem Entwurf zum niedersächsischen Landesraumordnungsprogramm 2006 wird das in Bau befindliche Erkundungsbergwerk Gorleben, sowie das benachbarte Zwischenlager für radioaktive Abfälle in Gorleben als „Vorranggebiet“ festgelegt. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg kritisiert das Vorpreschen der Landesregierung als Einrichtung eines Vorranggebietes für tödliche Strahlung. Das ist wieder ein Schritt, eine ergebnisoffene Endlagersuche unmöglich zu machen und die weitere Atomwasteherstellung abzusichern. Die komplette Stellungnahme des LBU kann unter [bi-presse@t-online.de](mailto:bi-presse@t-online.de) angefragt werden.

Francis Althoff

**Ich abonniere die Gorleben Rundschau**

ab der nächsten Ausgabe.

- Bitte schickt mir jeweils ein Exemplar (EUR 15 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 10 Exemplare (EUR 50 pro Jahr)
- Bitte schickt mir jeweils 100 Exemplare (EUR 120 pro Jahr)
- Ich erteile hiermit der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. eine Einzugsermächtigung für mein Konto.

Konto-Nr.: .....

BLZ: .....

Geldinstitut: .....

Name: .....

Adresse: .....

Datum, Unterschrift .....

Ausschneiden und abschicken an: BI-Büro, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow, Konto der BI: KSK Lüchow, BLZ 258 501 10, Konto: 004 406 072 1  
Das Abo kann jederzeit zum Jahresende gekündigt werden.

**Impressum**

Die Gorleben-Rundschau erscheint 10-12 mal jährlich und wird herausgegeben von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V..

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Für Neuerungen, produktive Anregungen und LeserInnenbriefe sind wir immer ansprechbar. Es ist erwünscht, eigene Texte zum Thema Atomkraft, Gorleben und erneuerbare Energien einzubringen; sie werden gerne veröffentlicht, sofern sie in den Kontext der Ausgabe passen.

**Redaktion:** H. Eckert, W. Taubitz, F. Althoff  
**Bildmaterial:** Tolstefanz Verlagsprojekt, G. Zimt, ecodefense!  
**Mitarbeit:** F. Althoff, G. Hermeyer, R. Paul, V. Slivyak, O. Podosenova, M. Eickhoff

**Auflage:** 2000

**BI Büro:** Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow  
Fon: 05841/4684, Fax: 05841/3197,  
[bi-luechow@t-online.de](mailto:bi-luechow@t-online.de), [www.bi-luechow-dannenberg.de](http://www.bi-luechow-dannenberg.de)

**Öffnungszeiten:**  
Mo, Mi, Fr, Sa 9 - 12 Uhr, Di + Do 15 - 18 Uhr